

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming

Ausschuss für Gesundheit und Soziales

Niederschrift

über die 40. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am
07.04.2014 im Kreisausschusssaal, Am Nuthefließ 2 in 14943 Luckenwalde.

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzende

Frau Maritta Böttcher

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Evelin Kierschk
Herr Detlev von der Heide
Frau Angelika Österreicher
Herr Michael Wolny
Herr Dr. Manfred Georgi
Frau Karola Andrae
Herr Erich Ertl

Sachkundige Einwohner

Frau Gabriele Georgi

Verwaltung

Frau Kornelia Wehlan
Frau Kirsten Gurske
Frau Waltraud Kahmann
Herr Rüdiger Lehmann
Frau Anja Terhorst
Frau Jaqueline Muskalla
Frau Elfi Grzanna
Herr Andreas Christoph

Entschuldigt fehlten:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Heike Kühne

Sachkundige Einwohner

Frau Karin Mayer

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:30 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 10.02.2014
- 4 Vorstellung der neuen Geschäftsführerin des JC Teltow-Fläming
- 5 Kita mit Biss - Umsetzung eines Präventionsprogramms zur Verbesserung der Mund- und Zahngesundheit
- 6 Vorstellung der Ehrenamtsbörse im Landkreis Teltow-Fläming
- 7 Anfragen der Abgeordneten
- 8 Mitteilungen der Verwaltung

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung und Bestätigung der Tagesordnung

Frau Böttcher begrüßt alle Abgeordneten, sachkundigen Einwohner, Vertreter der Verwaltung und Gäste zur letzten Ausschusssitzung vor der Kommunalwahl.

Zu der vorliegenden Tagesordnung gibt es keine Ergänzungen bzw. Einwendungen. Sie gilt damit als bestätigt.

TOP 2

Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Anfragen vor.

TOP 3

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 10.02.2014

Die Niederschrift der Sitzung vom 10.02.2014 wird in der vorliegenden Form bestätigt.

TOP 4

Vorstellung der neuen Geschäftsführerin des JC Teltow-Fläming

Frau Böttcher stellt die neue Geschäftsführerin des JC Teltow-Fläming, Frau Anja Spiegel, vor und begrüßt sie sehr herzlich.

Frau Spiegel nutzt die Gelegenheit und stellt sich den Anwesenden vor. Zu ihrer Person gibt sie einen kurzen Abriss ihres Lebenslaufes und ihrer bisherigen Stationen im Arbeitsleben.

Des Weiteren geht sie auf die Rahmenbedingungen für die Arbeit des Jobcenters zur Situation Arbeitslosigkeit, Erwerbslosigkeit bzw. Leistungsbezug im Landkreis Teltow-Fläming ein und worauf die Schwerpunkte der Arbeit des JC gelegt werden.

Von den 7.272 Arbeitslosen im Landkreis erhalten 4.827, das sind 66 %, Leistungen aus dem SGB II. Das ist im Bundesvergleich relativ wenig. In anderen Städten und Landkreisen liegt die Zahl der SGB II-Leistungsempfänger (im Vergleich zu SGB III) bei 80 %. Auffällig ist im Landkreis, dass die Arbeitslosigkeit nach dem SGB III in den letzten Monaten deutlich zurückgegangen ist, sich jedoch seit September 2013 eine wachsende Arbeitslosigkeit im SGB II abzeichnet.

Insgesamt leben im Landkreis zurzeit 12.550 Menschen in Bedarfsgemeinschaften und beziehen Leistungen nach dem SGB II. Davon sind etwa $\frac{3}{4}$ erwerbsfähig, die übrigen sind überwiegend Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. In 1.370 Fällen handelt es sich um Bedarfsgemeinschaften von Alleinerziehenden. Das sind vor allen Dingen alleinerziehende Frauen.

Unter den Arbeitslosen nach SGB II sind 2.100 Langzeitarbeitslose, d.h. sie sind länger als ein Jahr arbeitslos und mehr als 530 davon sind bereits länger als 3 Jahre arbeitslos.

Eine weitere Gruppe ist die der Langzeitleistungsbezieher. D.h., sie sind nicht unbedingt arbeitslos, können aber von ihrem Erwerbseinkommen nicht leben und beziehen somit ergänzende Leistungen. Im Landkreis gibt es knapp 6.500 Langzeitleistungsbezieher. D.h., sie waren in den letzten 2 Jahren 21 Monate lang abhängig vom Leistungsbezug.

Von den erwerbsfähigen Leistungsempfängern haben etwa 25 % ein Erwerbseinkommen, aber die Hälfte davon verdient weniger als 450,00 € im Monat. Auf der anderen Seite haben 13 % ein Erwerbseinkommen oberhalb von 1.200,00 €, aber aufgrund der Familiengröße reicht es nicht ohne aufstockende Leistungen.

Ein großes Problem ist das der fehlenden Bildung. Von den Arbeitslosen Leistungsempfängern haben 735 keinen Schulabschluss und 1.950 keinen Berufsabschluss.

Von den 386 unter 25jährigen Arbeitslosen im SGB II haben 102 keinen Schulabschluss und 297 (77 %) keine Berufsausbildung. Hier besteht vor allen Dingen das Risiko, dass eine lange Arbeitslosigkeit und langer Leistungsbezug nachwächst. Deshalb ist dieser Personenkreis für das Jobcenter (JC) eine ganz wichtige Zielgruppe. Es gilt diese jungen Menschen in Ausbildung zu bringen, damit das Risiko abnimmt arbeitslos und damit von Leistungen abhängig zu sein. Die Senkung der Jugendarbeitslosigkeit und die Vermittlung von Qualifizierung ist eins der wesentlichsten Elemente. Auch die Gruppe der Langzeitleistungsbezieher steht im Fokus. Sie zu befähigen wieder auf eigenen Beinen zu stehen hat Priorität.

Das JC will in der Kommunikation mit den Kunden besser und vor allen Dingen verständlicher werden. Das ist bei den Leistungsbescheiden ein großes Thema. Diese müssen natürlich rechtlich einwandfrei und rechtssicher abgefasst sein, aber desto unverständlicher werden sie häufig. Es soll eine Beratung stattfinden, dass die Kunden den Bescheid verstehen.

Frau Gurske ergänzt, dass es in Absprache mit Frau Spiegel noch vor der Kommunalwahl eine Trägerversammlung geben wird. Dabei wird es u.a. um die Haushaltsaufstellung für 2015 gehen. Bezüglich der Trägerversammlung betont sie, dass es sich bewährt hat, die Abgeordneten in die Arbeit der Trägerversammlung verantwortlich mit einzubeziehen.

Des Weiteren berichtet Frau Gurske, dass an dem Gedanken der Öffnung der Leistungsabteilung von Seiten des JC als ein Baustein der verbesserten Kundenfreundlichkeit weiter gearbeitet wird.

Das ist ein guter und wichtiger Ansatz. Die Verwaltung wird die Arbeit des JC bei der Realisierung gerne unterstützen.

Frau Spiegel bedankt sich für die Einladung und erklärt ihre Bereitschaft gerne wieder in den Ausschuss zu kommen, um regelmäßig Fragen zu beantworten und Informationen zu geben.

TOP 5

Kita mit Biss - Umsetzung eines Präventionsprogramms zur Verbesserung der Mund- und Zahngesundheit

Frau Terhorst, Sachgebietsleiterin zahnärztlicher Dienst im Gesundheitsamt stellt das Präventionsprogramm „Kita mit Biss“ und das Betreuungskonzept des zahnärztlichen Dienstes im Landkreis Teltow-Fläming vor. Dieses ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Herr Böttcher, 1. Beigeordneter der Stadt Ludwigsfelde, fragt, ob bei der Analyse auch Korrelationen zu Sprachentwicklungsverzögerungen untersucht wurden?

Frau Terhorst antwortet, dass Sprachentwicklungsverzögerungen von den Kinderärzten festgestellt werden. Im Jahr 2012 gab es eine kleinräumige Analyse zur Kindergesundheit in der Stadt Luckenwalde. Dabei zeigten sich durchaus Korrelationen.

Frau Österreicher fragt, ob man die Kita's nicht zur Teilnahme an so einem wichtigen Programm verpflichten kann?

Frau Terhorst erklärt, dass niemand aufgrund der fehlenden rechtlichen Grundlage verpflichtet werden kann. Es darf auch keine Kita zur Gruppenprophylaxe verpflichtet werden bzw. zur zahnärztlichen Untersuchung, weil es in Deutschland keine Kindergartenpflicht, sondern nur eine Schulpflicht gibt. In der Schule können die Kinder zur Teilnahme verpflichtet werden.

Herr Böttcher gibt zu bedenken, dass im Kita-Gesetz eindeutig steht, dass die Kita's eine breite Palette an Bildungs- und Erziehungsangeboten zu bewerkstelligen haben und somit liegt es auch in der Verantwortung der Träger.

Er zeigt sich enttäuscht, dass von der Stadt Ludwigsfelde nur eine Kita an diesem Programm teilnimmt. Im Rahmen seiner Zuständigkeit wird er das Thema ansprechen.

Frau Terhorst erläutert, das Präventionsprogramm „Kita mit Biss“ ist eine freiwillige Selbstverpflichtung. Es gibt Kita's, die sich an all das halten und nicht an diesem Programm teilnehmen, weil sie schon andere Zertifikate haben. Leider gibt es auch 22 Kita's, wo keine Zähne geputzt werden.

Frau Gurske regt an, dass alle als Multiplikatoren tätig werden und in den Kommunen, bei Einrichtungen usw. für dieses Angebot werben. Das Gesundheitsamt ist sicher gern unterstützend tätig.

Frau Terhorst berichtet, dass bei jedem Besuch in den Kita's durch das Gesundheitsamt das Thema angesprochen wird.

Herr Böttcher fragt, ob das Gesundheitsamt bereit wäre an einer Dienstberatung der Kita-Leitungen in Ludwigsfelde teilzunehmen?

Frau Terhorst erklärt selbstverständlich Bereitschaft.

Frau Andrae möchte gern die Gründe wissen, warum die Kita's nicht mitmachen?

Frau Terhorst antwortet, die Gründe sind sehr unterschiedlich. Zum einen vermutete Hygieneprobleme durch die Zahnbürsten (Berührung), kleine Waschräume (Platzmangel). Dann kommt es auf die Motivation der Kita-Leitung und Erzieherinnen an, es trotzdem umzusetzen.

Frau Böttcher regt an mal zu schauen in wie vielen Kita's über ein anderes Konzept ähnliches erreicht wird.

Frau Terhorst informiert, dass es diese Übersicht gibt. Sie wird dem Protokoll als Anlage beigefügt. In diesen Kita's liegt dann kein anderes Programm in diesem Sinne vor, sondern nur das allgemeine Programm. So sind z.B. die Kita Woltersdorf, die Kita Stülpe oder die Kita Löwenzahn in Großbeeren gesundheitsfördernde Kneipp-Kita's.

TOP 6

Vorstellung der Ehrenamtsbörse im Landkreis Teltow-Fläming

Herr Böttcher, Erster Beigeordneter der Stadt Ludwigsfelde und Frau Dr. Paul, Vorsitzende des Seniorenbeirates der Stadt Ludwigsfelde stellen die Idee einer Ehrenamtsbörse für den Landkreis Teltow-Fläming vor.

Herr Böttcher bedankt sich, dass die Idee zur Schaffung einer Ehrenamtsbörse für den Landkreis bei der Verwaltungsleitung ein offenes Ohr gefunden hat. Der ursprüngliche Gedanke war, eine Ehrenamtsbörse für die Stadt Ludwigsfelde ins Leben zu rufen.

Frau Dr. Paul, als Initiatorin der Ehrenamtsbörse, macht auf die Bedeutung der ehrenamtlichen Tätigkeit für die Gesellschaft aufmerksam. Entsprechend der Bedeutung dieser Entwicklung wird auf allen staatlichen Ebenen in Deutschland Ehrenamt unterstützt und gefördert. Seit 2005 gibt es auch im Land Brandenburg eine Koordinierungsstelle für Bürgerschaftliches Engagement.

Die Ergebnisse einer Studie von 2009 zeigen, dass im Land Brandenburg 33 % der erfassten Bevölkerungsteile freiwillig engagiert sind.

Seit Januar 2013 beschäftigt sich der Seniorenbeirat der Stadt Ludwigsfelde verstärkt mit diesem Thema. Ausgangspunkt war eine Gesprächsrunde mit Vertretern aus sozialen Einrichtungen der Stadt Ludwigsfelde, insbesondere aus dem Pflegebereich. Die Teilnehmer haben übereinstimmend die Bedeutung des freiwilligen Engagements für ihren jeweiligen Tätigkeitsbereich unterstrichen und auf Probleme aufmerksam gemacht. Einerseits auf den wachsenden Bedarf, für ehrenamtliche Aufgaben geeignete Menschen zu finden und andererseits den Menschen, die freiwillige Aufgaben übernehmen möchten, entsprechende Angebote zu vermitteln. Bisher gibt es im Landkreis keine Struktur für die Vernetzung des bürgerlichen Engagements. Schlussfolgernd ergab sich, eine Ehrenamtsbörse aufzubauen. Aus der ursprünglichen Idee, dies nur für die Stadt Ludwigsfelde zu schaffen, ist der Gedanke für den ganzen Landkreis gewachsen.

Herr Böttcher ergänzt, dass es im Land Brandenburg bereits 18 sogenannte Freiwilligenagenturen gibt. Anhand einer Power-Point stellt er das Konzept der Ehrenamtsbörse für den Landkreis vor. Sie ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Zur Finanzierung der benannten Sachkosten informiert Herr Böttcher, dass es dazu bereits Gespräche mit Frau Wehlan und Frau Gurske gab.

Frau Wehlan führt aus, dass man diesem Thema sehr aufgeschlossen gegenübersteht. Der Landkreis unterhält viele Netzwerke, also man kann auch voneinander partizipieren.

Der Landkreis ist haushaltsrechtlich in einer besonderen Situation, es sind Auflagen - auch in Bezug auf Umfang freiwilliger Leistungen (Senkung um 1,1 Mio €) - abzuarbeiten.

Es gilt nun mit der geballten Kraft der kommunalen Familie trotzdem gute Arbeit zu leisten. Über solcher Art Präsenz und Tätigwerden kann dem kreislichen Haushalt geholfen werden. Insofern gibt es keine Möglichkeit über ein konkretes Produkt für Unterstützung zu sorgen, aber über die MBS-Ausschüttung ist evtl. Unterstützung möglich.

In der nächsten HFA-Sitzung soll für das Haushaltsjahr 2014 eine Regelung für die MBS Mittel getroffen werden, die sich auf die bestehenden Förderrichtlinien des Hauses fokussiert. Man ist gegenwärtig dabei eine Richtlinie für 2015 vorzubereiten, um Projekte, die der Landkreis mit einer großen Priorität verbindet, auch die Chance der Unterstützung zu ermöglichen. Darunter fällt auch das Thema Ehrenamtsbörse als ein gemeinnütziges Anliegen.

Frau Wehlan unterbreitet den Vorschlag, für dieses Projekt in der Bürgermeister-Dienstberatung zu werben, da dort alle Kommunen an einem Tisch sitzen.

Frau Kierschk erinnert an die vom Seniorenbeirat des Landes Brandenburg im Jahr 2013 ausgegebenen Ehrenamtskarten. Diese konnten oft vor Ort nicht genutzt werden.

Herr Böttcher berichtet, dass diese Erfahrung auch in der Stadt Ludwigsfelde gemacht wurde. Er ist der Überzeugung, dass solche Dinge durch die Ehrenamtsbörse besser organisiert werden können.

Frau Gurske informiert, dass auch der Landkreis zu den Ehrenamtskarten angefragt wurde. Man hat sich zurückhaltend geäußert und bürokratische Probleme gerade im ländlichen Raum in der Umsetzung gesehen.

Frau Gurske erläutert auf Nachfrage von Frau Andrae zur Arbeitsweise, dass die Börse auf einer Datenbank basiert. In der Datenbank können sich Vereine, Wohlfahrtsverbände, Anbieter usw. eintragen lassen mit dem Vermerk, was sie an Ehrenamt für ihre Arbeit brauchen. Auf der anderen Seite kann derjenige, der ein Betätigungsfeld sucht, seine Koordinaten dort eingeben und bekommt angezeigt, wo ehrenamtliche Helfer für bestimmte Aufgaben gesucht werden. Dies kann man auch lokal eingrenzen und es wird immer attraktiver je mehr Anbieter sich in dieser Börse eintragen.

Frau Muskalla ergänzt, dass Vermittlung, gezielte Werbung und die Begleitung der Ehrenamtler gleichermaßen wichtig sind. Über die Ehrenamtsbörse könnten Ehrenamtler für bestimmte Aufgaben geschult werden, z.B. als Übungsleiter bzw. weiter vermittelt werden, wenn es an einer Stelle nicht funktioniert. Es soll geholfen werden, dass der potentielle Ehrenamtler auch das findet, was er sich vorstellt.

TOP 7

Anfragen der Abgeordneten

Zu diesem TOP liegen keine Anfragen vor.

TOP 8

Mitteilungen der Verwaltung

Frau Gurske informiert über den aktuellen Zwischenstand zur Diskussion Fahrcoupons. In der letzten Ausschusssitzung verständigte man sich dazu, nochmals über Alternativen von Seiten der Verwaltung nachzudenken. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt gibt es noch nicht die Lösung, die zwischen der ursprünglichen freiwilligen Leistung und der SGB XII gestützten Leistung genutzt werden könnte.

Im Rahmen von öffentlichen Veranstaltung wurde durch Frau Grzanna die Bedeutung des persönlichen Budgets nochmals erläutert und welche Versicherungen u.a. tatsächlich mit herangezogen werden. Bestimmte Versicherungen, wie z.B. zur Absicherung der Wohnimmobilie oder zum tatsächlichen Rentenaufbau bleiben bei der Vermögensberechnung außen vor.

Gegenwärtig liegen 84 Anträge im Sozialamt vor. Davon mussten 2 Anträge abgelehnt werden und 7 Neuanträge stehen noch zur Prüfung an.

Im Rahmen der Widerspruchsbearbeitung erging die Bitte von Frau Wehlan, im Einzelfall zu prüfen, inwiefern eine Lösung gefunden werden kann und ggf. auch die Ausschüttungsmittel der MBS dafür eingesetzt werden können.

Frau Gurske sichert zu, dass bei der künftigen Verwendung der MBS-Mittel die Unterstützung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben stärker mit in Betracht gezogen werden soll, z.B. die Unterstützung von Vereinsaktivitäten.

Zum Abschluss bedanken sich Frau Gurske und Frau Böttcher für die konstruktive Zusammenarbeit im Ausschuss in der nun zu Ende gehenden Legislaturperiode.

.....

Böttcher

Ausschussvorsitzende

.....

Seifert

Protokollführerin

Luckenwalde, 18.06.2014